

## Ungeschickte Weltmacht

China möchte sein Image verbessern – und steht sich dabei selbst im Weg

Falk Hartig | **Etwa neun Milliarden Dollar hat Peking während der vergangenen Jahre in eine Medienoffensive und den Aufbau der Konfuzius-Institute investiert. Und trotzdem will das Image Chinas nicht recht besser werden. Warum? Weil Peking erst noch lernen muss, dass es mit der Außenwelt anders kommunizieren muss als mit der eigenen Öffentlichkeit.**

Kaum eine Regierung investiert so viel Zeit, Geld und Aufwand, um einer zuweilen tatsächlich tendenziösen Darstellung der Volksrepublik und einem entsprechend negativen Image entgegenzuwirken. Und kaum eine Regierung steht sich dabei mitunter so gnadenlos selbst im Weg. Knapp neun Milliarden Dollar sollen seit 2009 in den staatlichen TV-Sender CCTV, verschiedene Kontinentalausgaben der englischsprachigen Zeitung *China Daily*, in Büros der Nachrichtenagentur Xinhua oder den Aufbau von Konfuzius-Instituten im Ausland gesteckt worden sein.

Bezahlt machen sich diese enormen Investitionen bislang nicht. So empfanden laut einer Umfrage vom Beginn dieses Jahres 59 Prozent der befragten Deutschen Chinas politische Macht als Bedrohung. Ganz offensichtlich ist es mühsam und zeitaufwändig, ein positives Image aufzubauen. Umgekehrt hingegen ist das Ansehen eines Landes leicht ruiniert und ein

negatives Bild schnell geprägt. Genau dazu trägt China häufig selbst bei.

### Rabiat oder ungeschickt

Zum 25. Gedenktag der Niederschlagung der Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking am 4. Juni dieses Jahres wollten zwei Frauen vor der chinesischen Botschaft in London Blumen niederlegen. Doch sie wurden von Angestellten der Botschaft rüde vom Eingang weggeschubst, die Blumen warf man weg. Und das vor den Kameras zahlreicher dort versammelter Journalisten. Gerade weil diese vielleicht auf ein solches Verhalten des „offiziellen China“ gewartet hatten, war die Reaktion der Botschaftsangestellten natürlich auch die denkbar schlechteste – und nicht die einzige ungeschickte Reaktion. Die Verbalattacke eines einzelnen australischen Abgeordneten, der erklärt hatte, man werde Widerstand gegen die chinesischen „Bastarde leisten, die Australiens Rohstoffe rau-

ben“, stilisierte die englische Ausgabe der Tageszeitung *Global Times* gleich zum „Symbol für die negative Einstellung der australischen Gesellschaft gegenüber China“. Australien solle in Chinas globaler Strategie nunmehr „marginalisiert“ werden.

Die Liste solcher Kommunikationspannen lässt sich fortsetzen. So ließ Xu Lin, Vizeministerin und Chefin der Zentrale der Konfuzius-Institute, aus dem Konferenzprogramm einer wissenschaftlichen Tagung, die von den Konfuzius-Instituten mitfinanziert wurde, Seiten herausreißen, auf denen eine taiwanische Stiftung als Sponsor genannt war. Damit schien sie zu bestätigen, was Kritiker der Institute bemängeln: dass die in Joint Ventures zwischen chinesischen und ausländischen Universitäten finanzierten Institute eben nicht nur Sprache und Kultur Chinas, sondern vor allem die offizielle Linie der Kommunistischen Partei vermitteln. Zwei amerikanische Universitäten beendeten nach diesem Zwischenfall die Zusammenarbeit mit den Instituten.

Ähnlich rabiat (oder ungeschickt) trat die chinesische Regierung im Zusammenhang mit der Ausstellung „Die Kunst der Aufklärung“ auf. Nicht nur war sie mit zehn Millionen Euro bis dato die teuerste deutsche Kulturpräsentation im Ausland. Der damalige Außenminister Guido Westerwelle ließ es sich auch nicht nehmen, sie im April 2012 selbst zu eröffnen. Zwei Tage später wurde der Künstler Ai Weiwei verhaftet – was nicht gerade für eine aufgeklärte Politik Chinas zu sprechen schien. Mal verließ der ehemalige chinesische Botschafter eine Veranstaltung zum Gastland China auf der Buchmesse

2009, weil unangekündigt auch zwei regierungskritische chinesische Autoren zu Wort kamen – allerdings nicht ohne dem Publikum mitzuteilen, dass die Zeiten vorbei seien, in denen man China Demokratie lehren könne. Dann wieder verlangten offizielle Stellen das Verbot der Vorführung eines Filmes über eine uigurische Aktivistin während des Filmfestivals von Melbourne.

**Bei Kerninteressen hält Peking „Klarstellungen“ für notwendig**

### **Künstler oder Krimineller?**

Auch wenn die Meinungen innerhalb Chinas sehr viel differenzierter sind, so hält die Regierung derlei „Klarstellungen“ offensichtlich für notwendig – schließlich geht es um politisch brisante Themen wie den Aufstand von 1989, Dissidenten oder Autonomiebestrebungen von Minderheiten oder von Taiwan, das als für die Stabilität der Volksrepublik entscheidendes „Kerninteresse“ definiert wird.

Das Problem ist allerdings: Die chinesische Sicht unterscheidet sich oft fundamental von einigen Außenansichten. So gilt Ai Weiwei der chinesischen Regierung als Provokateur und Wirtschaftskrimineller; einem nicht geringen Teil des Auslands aber als gefeierter regimekritischer Konzeptkünstler, den es gegen staatliche Übergriffe zu verteidigen gilt. Die jüngsten Proteste in Hongkong wurden außerhalb Chinas nicht als Störung der öffentlichen Ruhe und gesellschaftlichen Harmonie, sondern als Einsatz für mehr Demokratie verstanden.

Es stellt sich somit die Frage, ob man sich dieser unterschiedlichen Sichtweisen in Peking nicht bewusst

**Kritik zu ignorieren oder  
pampige Reaktionen  
sind ein falscher Ansatz**

ist, oder ob man diesen keine Bedeutung beimisst. Viel spricht dafür, dass oft innenpolitische Faktoren wie innere Stabilität wichtiger genommen werden als die Frage der Außenwirkung. Peking beklagt sich regelmäßig über sein negatives Image – und sorgt mit seinem Verhalten ebenso regelmäßig dafür, seine Kritiker zu bestätigen.

**Schweigen wäre manchmal Gold**

Will China sein Image verbessern, wäre es hilfreicher, mit Kritik, auch unberechtigter, rationaler umzugehen – auch wenn dies dem Regime sichtlich schwer fällt. Neben etwas mehr Kritikfähigkeit gibt es in der internationalen Außenkommunikation eine goldene Regel, die Peking regelmäßig ignoriert: zuweilen ist es besser zu schweigen und sich still zu ärgern.

Reagieren um der Reaktion willen, koste es imagemäßig, was es wolle, ist im internationalen Wettstreit um Soft Power und positive Außendarstellung die denkbar schlechteste Option. Aber diese Grundregel der Imagearbeit wird häufig aufgrund innenpolitischer Erwägungen missachtet. Mit solchen Reaktionen signalisiert Chinas Regierung der eigenen Gesellschaft, dass man sich vom Westen nichts gefallen lasse und für Chinas Rechte einstehe. Bei allen Bemühungen und auch allem finanziellen Aufwand ist klar: Die chinesische Regierung erachtet die innenpolitische Botschaft offensichtlich für wichtiger. Den Schaden, der für Chinas Außenwirkung entsteht, schätzt sie entweder falsch ein oder erachtet ihn als weniger bedeutend.

Das jüngste Beispiel für die Priorität innenpolitischer Signale war die Berichterstattung zu den Protesten in Hongkong. So bezeichnete die *Volkszeitung*, das Sprachrohr der Kommunistischen Partei, die Demonstrationen als „antidemokratisch“ und „Farce“, denn hier wollten einige Wenige der Mehrheit ihren Willen ausdrücken. Der chinesische Leser erfuhr nur, wie unrechtmäßig sie sind. Westliche Medien sahen hingegen in den Protesten eine Erhebung der Hongkonger Jugend gegen das undemokratische Festland-China. Diese Gegensätze kollidieren dann, wenn Peking in gleicher Weise mit der internationalen wie mit der nationalen Öffentlichkeit kommuniziert.

China hat gute Gründe, selbstbewusst aufzutreten und das Recht, seine Meinung zu vertreten. Allerdings muss es dann auch damit rechnen, dass dies beim globalen Publikum nicht zum erhofften Resultat, sondern oft zum Gegenteil führt. Solche Kritik zu ignorieren, arrogant abzubürsten oder beleidigt darauf zu reagieren, ist genau der falsche Ansatz. Die teuersten Maßnahmen zur Verbesserung von Chinas Image können nicht funktionieren, wenn die kommunistische Führung aufgrund ihres Machterhaltungstriebes an innenpolitischen Maximen festhält, die Chinas globalem Image schaden.



Dr. Falk Hartig  
ist Post-Doctoral  
Research Fellow beim  
„Africa's Asian  
Options“-Programm  
der Goethe-Universität  
Frankfurt am Main.